

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/035(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 13.09.2012	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	19:30Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Verwaltung bittet darum, die Drucksache DS0364/12 – Abschluss eines Vergleiches und Verkauf eines Grundstückes – noch auf die Tagesordnung zu nehmen. Der Vorsitzende schlägt vor, diese Drucksache als neuen TOP 14 auf die Tagesordnung zu nehmen. Weiterhin liegt zur Drucksache DS0289/12 – Beendigung der kommunalen Trägerschaft des Frauenhauses – einen Änderungsantrag des Ausschusses für Familie und Gleichstellung vor. Der Änderungsantrag DS0289/12/1 wird als TOP 10.1 in die Tagesordnung eingefügt.

Herr Platz informiert, dass er im nichtöffentlichen Teil unter TOP Verschiedenes Informationen zu einer Untersuchung der Kontrolle des fließenden Verkehrs geben möchte.

Die geänderte Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltung

3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.07.2012

Über die Niederschrift der Sitzung vom 19.07.2012 wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

4. Benennung "Am Alten Gasometer"
Vorlage: DS0285/12

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Ausweisung von Postleitzahlen im Kurztitel von Drucksachen -
Zwischeninformation
Vorlage: I0177/12

Frau Dr. Ignatuschtschenko, BOB, legt dar, dass die vorliegende Informationsvorlage als Zwischeninformation zu werten ist. Die Verwaltung steht der Sache positiv gegenüber. Die Realisierung wird voraussichtlich im Spätherbst diesen Jahres erfolgen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die I0177/12 zur Kenntnis.

6. Jahresbericht 2011 der AG "Graffiti" des Kriminalpräventiven
Beirates (KpB)
Vorlage: I0160/12

Herr v. Baur, FB 32, stellt den Jahresbericht 2011 der AG „Graffiti“ des Kriminalpräventiven Beirates (KpB) vor. Die Bekämpfung illegaler Graffiti war auch im Jahr 2011 ein Schwerpunkt.

Herr Platz informiert, dass im Jahr 2001 keine Mitarbeiter der AQB mehr zur Verfügung standen. Das hatte zur Folge, dass keine Präventionsarbeit an Schulen. Weiterhin konnten die im Bereich des Tiefbauamtes (Beseitigung von Schäden an Brücken) gut geführten Arbeiten nicht fortgeführt werden. Dies bedeutet einen echten Rückschritt. Hier muss mehr unternommen werden.

Herr Meister fragt nach, ob es Flächen gibt, wo die Jugendlichen ohne Voranmeldung sprühen können.

Herr Platz äußert, dass ihm solche Flächen nicht bekannt sind. Es sollte jedoch darüber nachgedacht werden. Die Verwaltung ist auch über weitere Ideen der Stadträte dankbar.

Herr Schilling äußert, dass vielleicht auch freiwillige Bürger mit in die Arbeit einbezogen werden sollten.

Herr Platz könnte sich dies im Bereich der Prävention vorstellen.

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Information zur Kenntnis.

7. Wildtiere im Stadtgebiet
Vorlage: I0196/12

Herr Harnisch, FB 32, schildert die aktuelle Situation im Stadtgebiet.

Herr Fassl fragt nach, ob es nicht sinnvoll wäre, hier den Stadtrat zu beteiligen und nicht nur zu informieren, ggf. Erarbeitung eines Konzeptes.

Herr Hoffmann legt dar, dass die Stadt nicht nur die Wildschweine als Problem hat, sondern auch die Waschbären.

Herr Harnisch informiert, dass Möglichkeiten geprüft werden, wie hier eine Entspannung erfolgen kann.

Herr Platz äußert, dass der Verwaltung eine zunehmende Anzahl von Beschwerden vorliegt. Hierbei handelt es sich z.B. um Verwüstungen in Kleingärten. Die Bürger verlangen von der Stadt Lösungen.

Herr Schilling fragt nach, ob es eine Statistik gibt (auch andere Tiere), die die Schäden dokumentieren.

Herr Harnisch antwortet darauf, dass diese Aufgabe dem Stadtjäger übertragen werden soll. Derzeit liegt keine Schadensdokumentation in der Stadt vor. Der Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe hat Zahlen für seinen Bereich, aber nicht für das gesamte Stadtgebiet.

Herr Platz informiert, dass sich andere Städte an Magdeburg wenden und nachfragen, da sie das gleiche Problem haben.

Herr Meister fragt nach, ob nicht Vergrämungsmaßnahmen denkbar sind.

Herr Harnisch führt aus, dass für den erforderlichen Umfang das mit nachhaltigem Erfolg nicht möglich ist.

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Information zur Kenntnis.

8. Einsatz gemeinsames Streifenfahrzeug von Polizei und
Stadtordnungsdienst (Lärmwagen)
Vorlage: A0073/12

Herr Hoffmann bringt den Antrag ein.

Herr Platz äußert, dass er sich aus rein fachlicher Sicht vorstellen kann, dass die Stadt einige Aufgaben übernimmt. Das Land muss hierzu der Stadt die gesetzlichen Regelungen schaffen. Das geschieht gegenwärtig nicht. Auch das neue SOG berücksichtigt keine Vorschläge der Landeshauptstadt Magdeburg. Die Stadt hat hier finanzielle Probleme. Die Stadt steht bei dem Problem „Lärm“ unter enormen Druck von Seiten der Polizei, da diese überfordert ist. Die Stadt wird hier einen sogenannten Nachtdienst einführen.

Herr Hoffmann schlägt vor, dass der Ausschuss die Stellungnahme der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis nimmt und folgenden Änderungsantrag stellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Land zu prüfen, ob der Einsatz eines oder mehrerer Streifenfahrzeuge mit personeller Besetzung sowohl von Seiten der Polizei als auch von Seiten des Stadtordnungsdienstes in Magdeburg zur Bearbeitung von Lärmbeschwerden, sogenannte Lärmwagen, möglich wäre und wenn ja, unter welchen Rahmenbedingungen.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zum geänderten Antrag:

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

- 8.1. Einsatz gemeinsames Streifenfahrzeug von Polizei und Stadtordnungsdienst (Lärmwagen)
Vorlage: S0211/12
-

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Übertragung der Stadtratssitzungen
Vorlage: A0171/10
-

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Rupertus vom offenen Kanal und fragt nach, was zum Thema Übertragung von Stadtratssitzungen aus Sicht des offenen Kanals möglich ist.

Herr Rupertus informiert, dass es möglich ist, dass der offene Kanal die Stadtratssitzungen überträgt. Es könnte die Technik, aber nicht das Personal gestellt werden. Die Kosten hierfür würden ca. 150,00 EUR/Monat betragen. Voraussetzung ist ein schnelles Internet. Es erfordert kein weiteres Personal. Er schlägt mehrere fest installierte Kameras vor, nur eine ist nicht empfehlenswert. Hierbei handelt es sich um eine einmalige Investition von mehreren Hundert EURO. Es besteht auch die Möglichkeit der Übertragung mit einem Doku-Mobil. Die Kosten hierfür würden ca. 500,00 EUR/Sendung betragen.

Herr Hoffmann fragt nach, wie hoch die Gesamtkosten sind.

Herr Rupertus kann hierzu keine Aussage treffen.

Herr Meister ist der Auffassung, dass über den Antrag heute abgestimmt werden könnte.

Frau Dr. Ignatuschtschenko informiert, dass die Verwaltung den offenen Kanal angeschrieben hat und auf eine Rückantwort wartet.

Herr Rohrßen fragt nach, ob es von Seiten der Verwaltung möglich ist, bis zur Stadtratssitzung die anfallenden Kosten zu schätzen.

Frau Dr. Ignatuschtschenko äußert, dass der Antrag noch in den Verwaltungsausschuss geht und somit in der Novembersitzung im Stadtrat wäre. Sie nimmt die Frage der Kostenklärung mit.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

10. Beendigung der kommunalen Trägerschaft des Frauenhauses in Magdeburg und dessen ambulanter Beratungsstelle
Vorlage: DS0289/12
-

Frau Borris, Amt 50, bringt die Drucksache ein. Sie erläutert die einzelnen Beschlusspunkte.

Herr Meister fragt nach, was zu dem Änderungsantrag des Ausschusses für Familie und Gleichstellung zu sagen ist.

Frau Borris informiert, dass die finanzielle Situation sofort dargelegt werden kann. Hier erfolgt Haushaltskonsolidierung. Das Konzept ist fachlich entsprechend der gesetzlichen Regelungen durch das Land zu bewerten. Es spielt für die Entscheidungsfindung zur Beendigung der kommunalen Trägerschaft keine Rolle.

Frau Boeck äußert, dass die Stadt das Frauenhaus seit über 20 Jahren führt, weshalb soll das jetzt nicht mehr sein. Wo gibt es hier Kostenunterschiede?

Frau Borris legt dar, dass die Verwaltung hier einen Stadtratsbeschluss umsetzt. Bei nur einem Standort kann wirtschaftlich günstiger gearbeitet werden.

Herr Rohrßen äußert, dass die Führung des Frauenhauses eine freiwillige Aufgabe ist. Der Änderungsantrag verkennt völlig die rechtlichen Grundlagen.

Herr Fassl fragt nach, wer die Verträge mit dem neuen Betreiber abschließt.

Frau Borris informiert hierzu, dass die Stadt das Frauenhaus solange weiterführt, bis der Betreiber die Aufgabe vollständig übernehmen kann. Solange erhält die Stadt auch noch die Zuwendungen vom Land.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

- 10.1. Beendigung der kommunalen Trägerschaft des Frauenhauses in
Magdeburg und dessen ambulanter Beratungsstelle
Vorlage: DS0289/12/1
-

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

1 Ja-Stimme
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

11. Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse
Vorlage: A0072/12
-

Herr Meister bringt den Antrag ein. Er hält es für unpraktisch, von der bisherigen Praxis abzuweichen.

Herr Marske legt dar, dass es sich hier um ein Missverständnis handelt. Der Umweltausschuss hat sich damals mit Belangen des Bauausschusses beschäftigt. Dies ist nicht zulässig. Die Stellungnahme aus dem Jahr 2003 ist völlig korrekt. Die Verwaltung hat hier keine rechtlichen Bedenken.

Herr Platz schlägt vor, dass die Stadträte die Sache beschließen, damit die Diskussion beendet wird.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

- 11.1. Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse
Vorlage: S0227/12
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Olaf Meister
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Olaf Meister

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Andreas Budde

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadtrat Michael Hoffmann

Stadträtin Helga Boeck

Stadtrat Josef Fassl

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Steffen Krausnick

Sachkundiger Einwohner Oliver Schilling

Geschäftsführung

Frau Britta Becker

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Claudia Szydzick

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Ronald Bahrs